



Niederschrift

58. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 20.03.2014
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:45 Uhr
Ort, Raum:	Raum 107, Hegelallee , Haus 9

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	bis 21:00 Uhr
Frau Birgit Morgenroth	SPD	
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	ab 19:16 Uhr
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Helmut Przybilski	SPD	
Frau Elisabeth Schöneich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Kerstin Walter	DIE LINKE	

Gast

Herr Dr. Nicolas Bauer Die Andere

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski Beigeordnete Geschäftsbereich 2

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Till Meyer	SPD	nicht anwesend
Herr Jan Wendt	Die Andere	nicht anwesend

sachkundige Einwohner

Herr Benjamin Bauer	Die Andere	entschuldigt
Frau Bettina Klusemann	SPD	entschuldigt
Herr Ralf Matura	CDU	nicht anwesend
Frau Dr. Annett Ullrich	FDP	entschuldigt
Frau Carla Villwock	DIE LINKE	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.02.2014 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Straßenbenennung im OT Golm in 14476 Potsdam
Hier: Bebauungsplangebiet Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark"
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Weiterentwicklung Rahmenkonzept Bürger- und Begegnungshäuser
Vorlage: 14/SVV/0047
Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
JHA, betroffene OBR
- 4.2 Konzept zur Erinnerung an das ehemalige russische Militärstädtchen Nr. 7
Vorlage: 14/SVV/0082
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
HA
- 4.3 Projekt Netzwerk für Medienbildung
Vorlage: 14/SVV/0101
Fraktion DIE LINKE
- 4.4 Museumspädagogin
Vorlage: 14/SVV/0100
Fraktion DIE LINKE
- 4.5 Grundstück für das Naturkundemuseum Potsdam
Vorlage: 14/SVV/0099
Fraktion DIE LINKE
- 4.6 Errichtung einer Stele auf dem Alten Markt
Vorlage: 14/SVV/0124
Fraktionen Potsdamer Demokraten, CDU/ANW und BürgerBündnis
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Sachstandbericht Kino Charlott
- 5.2 Bericht Gedenktafelkommission
- 5.3 Gedenkkonzept der Landeshauptstadt Potsdam
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 20.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Bezüglich der Tagesordnung informiert sie darüber, dass Frau Dr. Seemann eine kurze Information zur Stadtwanderung mit dem Oberbürgermeister und den Beigeordneten sowie über die derzeitige Situation der Kunstschulen gibt. Des Weiteren bittet Frau Dr. Schröter darum, den TOP 5.1 „Sachstandbericht Kino Charlott“ vorzuziehen und nach dem TOP 3 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Auf Nachfragen von Frau Dr. Schröter, ob Einwände zur Niederschrift der Sitzung vom 20.02.2014 bestehen, gibt es keine Wortmeldungen. Das Protokoll wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

zu 3 Straßenbenennung im OT Golm in 14476 Potsdam Hier: Bebauungsplangebiet Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark"

Bezüglich der seitens der Verwaltung vorgeschlagenen Namen zur Straßenbenennung übergibt Frau Dr. Schröter Herrn Dr. Arlt das Wort.

Herr Dr. Arlt berichtet, dass es bereits 29 Straßen, benannt nach Vögeln, in Potsdam gibt. Bedauerlich findet er, dass keine Begründung vom Ortsbeirat zu den Benennungen gegeben wurde. Herr Dr. Arlt bezieht sich auf die fünf Straßenbenennungen und gibt dazu sein Votum ab.

1. „Taubenbogen“
Zu der Benennung gibt es keine Anmerkungen.
2. „Elsterstraße“
Herr Dr. Arlt findet die Benennung dahingehend ungünstig, als dass Verwechslungen zu dem Fluss „Elster“ entstehen könnten. Da die weiteren Vorschläge zur Straßenbenennung im Plural verfasst sind, würde er auch hier dafür plädieren die Straßenbenennung im Plural zu vorzunehmen. Dementsprechend würde die Benennung „Elsternstraße“ lauten.
3. „Sperlingsstraße“
In der Aussprache sind die zweiaufeinanderfolgenden „s“-Buchstaben

- ungünstig. Er empfiehlt daher die Benennung in „Sperlingsweg“.
4. „Grasmückenring“
Zu der Benennung gibt es keine Anmerkungen.
 5. „Haubenlerchenwinkel“
Herr Dr. Arlt findet die Benennung in Bezug auf die Aussprache der Straßenbezeichnung aufgrund der vielen Silben als umständlich. Er empfiehlt daher die Benennung nach der Feldlerche. Die Feldlerche wurde 1998 als Vogel des Jahres gekürt.

Herr Dr. Bauer würde die Benennung nach Personen bevorzugen, immerhin soll dort der Wissenschaftspark ausgebaut werden.

Frau Dr. Lotz schlägt vor die Vorschläge mit Bedenken an den Ortsbeirat zurückzugeben.

Herr Dr. Scharfenberg stimmt dafür jetzt für den Antrag zu votieren. In der Stadtverordnetenversammlung könne sich der OBR noch begründen und Änderungen können vorgenommen werden.

Die Straßenbenennungen in:
„Taubenbogen“, „Elsternstraße“, „Sperlingsweg“, „Grasmückenring“ und „Feldlerchenwinkel“ werden zur Abstimmung gestellt.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Weiterentwicklung Rahmenkonzept Bürger- und Begegnungshäuser Vorlage: 14/SVV/0047

Oberbürgermeister, GB Bildung, Kultur und Sport
JHA, betroffene OBR

Frau Dr. Schröter begrüßt Herrn Kroop (GB 2 - Beauftragter Bürgerhäuser) und erteilt ihm das Wort.

Herr Kroop bringt die Vorlage ein. Der Prozess der Weiterentwicklung des Rahmenkonzeptes begann im Frühjahr 2013. Daran beteiligt waren Vertreter der Begegnungshäuser und die Koordinationsstelle der Verwaltung. Eine eigens gegründete Steuerungsgruppe begleitete den Prozess. Mitglieder der Steuerungsgruppe waren Frau Rehbehn, Geschäftsführerin KUBUS gGmbH, Frau Plümecke, Vorstand des Vereins Groß Glienicker Begegnungshaus e.V. und Herr Zeller, Geschäftsführer des Vereins Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.. Es fanden insgesamt drei Workshops statt, welche wissenschaftlich begleitet wurden.

Im Ergebnis dessen wurden Kurzdarstellungen aller Bürgerhäuser erarbeitet, die dieser Vorlage auch beiliegen. Die ausgereichte Fortschreibung des Rahmenkonzeptes stellt zunächst das Zwischenergebnis des Prozesses dar. Im Rahmen der Erarbeitung der Fortschreibung wurden die Gemeinsamkeiten der Häuser herausgearbeitet und dargelegt.

Positiv hervorzuheben ist, dass sich in den vergangenen Jahren die Zahl der

Nachbarschafts- und Begegnungshäuser fast verdoppelt hat.

Frau Rehbehn macht darauf aufmerksam, dass ein neuer Fachbegriff etabliert wurde. Es sei nun nicht mehr die Rede von Bürger- und Begegnungshäusern sondern von Nachbarschafts- und Begegnungshäusern. Die einzelnen Häuser selbst behalten ihre Namen.

Frau Plümecke betont die Wichtigkeit der Häuser. Wenn diese nicht existieren würden, bestünde kein so ausgeprägtes Gemeinschaftsgefühl. Es sei daher sehr wichtig, die Häuser weiterhin zu fördern.

Herr Dr. Scharfenberg lobt die intensive Arbeit in Ausführung des anlehenden Beschlusses. Es wurden Voraussetzungen geschaffen, um die Bürgerhäuser zu stabilisieren. An manchen Stellen der Fortschreibung wäre es wünschenswert gewesen detailliertere Informationen zu erhalten. Mit der Formulierung der Förderrichtlinien wird ein umfänglich belastbarer Rahmen geschaffen. Bezüglich der Beschlussvorlage 14/SVV/0047 „Weiterentwicklung des Rahmenkonzept Bürger- und Begegnungshäuser“ wurde seitens der Fraktion DIE LINKE ein Ergänzungsantrag erarbeitet, der wie folgt lautet:

Ergänzungsantrag

Innerhalb der finanziellen Grundförderung für Nachbarschafts- und Begegnungshäuser sind die sich verändernden Mietkonditionen sowie steigende Betriebs- und Bewirtschaftungskosten zur Sicherung der Arbeit der vorhandenen Einrichtungen zu berücksichtigen.

Begründung:

In den einzelnen erfolgreich arbeitenden Einrichtungen sind sowohl durch notwendige Neukonzipierungen und durch sich daraus ergebenden erweiterten Aufgabenfeldern als auch durch eingetretene Betriebskostensteigerungen Ausgabenerfordernisse entstanden, die durch eigenwirtschaftliche Tätigkeit der Träger nicht auszugleichen ist.

Deshalb müssen Anpassungsmöglichkeiten zur Sicherung der Arbeit in angemessener Weise ermöglicht werden.

Zum Beispiel betrifft dies aktuell das Bürgerhaus Stern Zeichen im Stadtteil am Stern, das durch den Auszug der Volkshochschule und des Fachbereiches aus dem Jugendamt einen Mehrbedarf an Förderung haben werden.

Frau Schöneich lobt das vielfältige Programm der Häuser. In Bezug auf die Finanzierung der Häuser und der Anzahl der Ehrenkräfte sind Unterschiede festzustellen. Wer entscheidet über die Höhe der Förderung? Reichen die Häuser Anträge ein? Warum sind die auf der letzten Seite der Fortschreibung dargestellten Fragen noch ungeklärt?

Frau Dr. Magdowski macht deutlich, dass letztendlich die Stadtverordnetenversammlung über die Gelder entscheidet, die zur Verfügung stehen. In dem ausgereichten Heft „Kurzdarstellung der Bürger- und Begegnungshäuser 2013“ sind die jährlichen Zuwendungen seitens der LHP transparent dargestellt.

Herr Kroop ergänzt dahingehend, dass es seit 2008 eine Grundförderung gäbe, über die die Mieten und Betriebskosten gedeckt werden. Des Weiteren fallen Personal- und Sachkosten an, die, wenn sie im Zusammenhang der Erfüllung der Aufgabenprofile stehen, ebenfalls förderungsfähig sind. Im Falle dessen, das

Defizite zur Finanzierung bestanden, konnten diese durch partnerschaftliches Arbeiten der Häuser untereinander ausgeglichen werden. Die in der Fortschreibung auf der letzten Seite dargestellten Fragen konnten bis dato noch in keinem Konsens beantwortet werden.

Frau Dr. Schröter bezieht sich auf den eingebrachten Ergänzungsantrag. Es sei wichtig, dass finanzielle Veränderungen bei der Grundförderung mit berücksichtigt werden.

Herr Dr. Bauer erkundigt sich über mögliche Planungen zur Errichtung von Bürgerhäusern im Bornstedter Feld und Krampnitz.

Frau Dr. Magdowski erwidert, dass dazu keine Pläne existieren. Abgesehen davon solle zunächst darauf geachtet werden, dass die bestehenden Häuser ausfinanziert werden können.

Frau Morgenroth ergänzt, dass Bürgerhäuser immer aus Bürgerinitiativen, also Bedürfnissen heraus entstanden sind und nicht durch die Stadt initiiert wurden. Bezüglich des Ergänzungsantrages wäre eine Formulierung zur Stärkung des Ehrenamtes wünschenswert.

Eine mögliche Ergänzung könnte zur Stadtverordnetenversammlung am 02.04.14 in Erwägung gezogen werden.

Frau Dr. Schröter stellt den eingebrachten Ergänzungsantrag zur Abstimmung:

Dem Ergänzungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Schröter stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die 2. Fortschreibung des **Rahmenkonzeptes zur Weiterentwicklung und Steuerung von Nachbarschafts- und Begegnungshäusern in der Landeshauptstadt Potsdam** und die darin im Kapitel 8 enthaltene **Förderrichtlinie** werden als Steuerungsinstrument der Landeshauptstadt Potsdam eingesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.2 Konzept zur Erinnerung an das ehemalige russische Militärstädtchen Nr. 7
Vorlage: 14/SVV/0082**

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum
HA

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass Frau Dr. Reich zur heutigen Sitzung nicht anwesend sein kann, sie aber ab kommender Woche für Fragen erreichbar wäre.

Frau Dr. Seemann bringt die Vorlage ein. Die Erstellung des Konzeptes beruht

auf einen durch die Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluss. Im Ergebnis des Konzepts soll ein Geschichtspfad errichtet werden. Dazu sollen historische Spuren erhalten bzw. instandgesetzt werden. Eine Kennzeichnung durch Infomodule soll erfolgen. Für die Umsetzung ist zunächst eine Auslobung eines Gutachterverfahrens beabsichtigt. Ziel der Umsetzung ist der 20. Jahrestag (15.08.2014) des Abzugs der russischen Streitkräfte.

Frau Walter findet das ausgereichte Konzept sehr informativ. Es wäre begrüßenswert, wenn dazu eine Broschüre erarbeitet und an geeigneten Stellen ausgelegt werden könnte. Des Weiteren würde sie empfehlen die Texte auf den Infomodulen nicht nur in Deutsch und Englisch, sondern auch in Russisch abzubilden.

Auf Nachfrage inwieweit die Umsetzung zum Jahrestag realistisch sei, erwidert Frau Dr. Seemann, dass wenn eine Beschlussfassung durch die StVV im April erfolgt, die Umsetzung in dem zeitlichen Rahmen machbar sei.

Frau Dr. Schröter stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Konzept zur Markierung baulicher Spuren der sowjetischen Geheimdienststadt „Militärstädtchen Nr.7“ und deren Verbindung durch einen Geschichtspfad gemäß Anlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Projekt Netzwerk für Medienbildung

Vorlage: 14/SVV/0101

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter nimmt Bezug auf die im August 2013 stattfindende Kulturausschusssitzung im Bildungsforum. Dabei wurde die Bedeutung der Weiterbildung auf dem Gebiet der Medienkompetenz hervorgehoben. Der Antrag soll die Bildung eines Netzwerkes für Medienbildung unterstützen. Frau Parthum (Medienwerkstatt Potsdam) hatte dazu vor ein paar Jahren gemeinsam mit der Stadt- und Landesbibliothek ein Konzeptpapier für den Aufbau eines Netzwerkes für Medienkompetenz erarbeitet.

Die Mitglieder des Kulturausschusses äußern ihr Unverständnis bezüglich des Antrages. Es sei nicht ersichtlich, warum dafür ein Beschluss notwendig sei. Ein Netzwerk könne auch so gebildet werden. Es wird hinterfragt, ob nicht sogar bereits Kooperationen bestehen. Auch würde durch die VHS bereits Medienbildung betrieben.

Frau Parthum macht deutlich, dass die Bildung des Netzwerkes im Interesse der Bürger sei. Der Stellenwert der Medienbildung für die Zukunft wäre sehr hoch. Medienkompetenz beinhaltet ein breites Spektrum an Fähigkeiten, die sich bei weitem nicht nur auf technisches Verständnis, sondern vor allem auch darauf,

Medien und deren Inhalte zu verstehen sowie diese selbstbestimmt und kritisch zu nutzen. Es müsse zunächst eine Bestandsaufnahme erarbeitet werden, die Informationen darüber gibt, welche Institution bereits welche Medienbildung praktiziere. Wo bestehen noch Defizite? Was kann neu entwickelt werden? Welche Kooperationen sind möglich? Diese Bestandsaufnahme könnte im Rahmen einer Internetplattform, die durch das Netzwerk unterstützt wird, dargestellt werden. Zusätzlich könnten über das Netzwerk gemeinsame Veranstaltungen/ Projekte geplant und umgesetzt werden. Überlegenswert wäre zum Beispiel im Rahmen des Mediennachwuchses ein Kinderfotopreis. Zur Bildung eines Netzwerkes wird jedoch auch Unterstützung seitens der Politik benötigt.

Auf Nachfrage wozu 5.000,00 € benötigt werden, erwidert Frau Parthum, dass Gelder für Honorarmittel (Begleitung der Arbeit, redaktionelle Arbeit etc.) oder für den Aufbau einer Internetseite benötigt werden. Die Summe sei nur ein Bruchteil dessen, was tatsächlich an Kosten anfallen wird. Ziel sei die Bildung einer großen Kooperation mit verschiedensten Akteuren/Institutionen. Die Erarbeitung eines konkreteren Konzepts könne dann erarbeitet werden.

Frau Opalla ergänzt, dass es bereits kleinere Kooperationen zwischen der VHS und der SLB oder zwischen der SLB und der Uni Potsdam gäbe. Ziel ist jedoch die Bildung einer großen Kooperation. Die Koordination solch eines Projektes könne jedoch nicht durch das Bildungsforum zusätzlich geleistet werden. Für die Umsetzung würden zusätzliche Ressourcen benötigt.

In Bezug auf das genannte Konzept äußert sich Frau Dr. Magdowski dahingehend, dass dieses überarbeitet werden müsste.

Herr Dr. Scharfenberg macht deutlich, dass ein Handlungsbedarf diesbezüglich bestehe.

Die Kulturausschussmitglieder fragten mehrfach zum Verständnis des Antrags nach.

Herr Dr. Scharfenberg regt an, die Bildung eines Netzwerkes zumindest zu unterstützen und beantragt die Vorlage wie folgt umzuformulieren:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Bildung eines Netzwerkes für Medienbildung im Bildungsforum zu unterstützen. Über den Stand der Umsetzung des Auftrages ist die StVV in ihrer Sitzung am 07. Mai 2014 zu informieren.

Frau Dr. Schröter stellt den neu formulierten Antrag Zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird ~~beauftragt~~ **aufgefordert, die Bildung im Bildungsforum eines Netzwerkes für Medienbildung im Bildungsforum zu unterstützen einzurichten.**

Über die **den Stand der** Umsetzung des Auftrages ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 07. Mai 2014 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.4

Museumspädagogin

Vorlage: 14/SVV/0100

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter bringt die Vorlage ein. Das Naturkundemuseum verfüge bereits über eine halbe Stelle mit museumspädagogischen Anteilen. Für die wachsenden Anforderungen wird es für die zukünftige Aufgabenerfüllung schwierig.

Herr Dr. Knuth gibt wieder, dass früher bereits eine Stelle als Museumspädagogin bestand, die durch das Land gefördert wurde. Allerdings lief die Förderung aus und die Stelle konnte nicht gehalten werden. Die Anforderungen in Bezug auf museumspädagogische Qualifikationen werden jedoch immer stärker. Haushaltsmittel seien dafür bereits beantragt.

Auf Grund dessen, dass Haushaltsmittel beantragt wurden, regt Frau Dr. Schröter an, den Antrag nicht wie eingereicht als Prüfauftrag sondern als konkreten Auftrag zu formulieren.

Frau Dr. Magdowski macht deutlich, dass im Geschäftsbereich 2 derzeit die Priorität beim Schulentwicklungsplan liege.

Auch Frau Dr. Seemann betont, dass im Fachbereich 24 keine finanziellen Ressourcen verfügbar wären.

Herr Dr. Scharfenberg stellt den Antrag die Vorlage wie folgt zu formulieren:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass in den Haushalt 2015/2016 eine Stelle für eine Museumspädagogin im Naturkundemuseum aufgenommen wird.

Frau Dr. Schröter stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, **dafür Sorge zu tragen, dass** ~~es für~~ **in** den Haushalt 2015/2016 eine Stelle für eine Museumspädagogin im Naturkundemuseum aufgenommen ~~werden kann~~ **wird**.

~~Über das Ergebnis der Prüfung ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 07. Mai 2014 zu informieren.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.5 **Grundstück für das Naturkundemuseum Potsdam**

Vorlage: 14/SVV/0099

Fraktion DIE LINKE

Frau Dr. Schröter bringt die Vorlage ein. Es geht vordergründig darum, Vorkehrungen für eine Erweiterung des Naturkundemuseums zu treffen und zu vermeiden, dass ein potentes Grundstück anderweitig bebaut wird.

Herr Dr. Knuth erläutert, dass er es begrüßen würde, wenn die Grünfläche zwischen dem Naturkundemuseum und dem Obelisk für einen Erweiterungsbau gesichert werden könnte. Es müsste jedoch auch geprüft werden, inwieweit diese Fläche dafür geeignet sei.

Frau Dr. Seemann informiert die Kulturausschussmitglieder über eine Stellungnahme seitens des Fachbereichs 47 Grün- und Verkehrsflächen. Bei der Bebauung des Grundstücks müsse insbesondere das benachbarte Grundstück, welches sich im Eigentum des Landes Brandenburg befindet und für das das Studentenwerk Potsdam ein Erbbaurecht besitzt berücksichtigt werden. Auf dem Grundstück befinden sich Studentenwohnungen. Das Gebäude wird derzeit saniert. Bereits im Rahmen einer Anfrage in 2012 wies der Bereich Planungsrecht darauf hin, dass eine Bebauung des Grundstücks nur möglich wäre, wenn das soeben genannte Gebäude abgerissen werden würde, da sonst die gemäß Brandenburgischer Bauordnung erforderlichen Abstandsflächen eines Neubaus zu dem bestehenden Studentenwohnheim nicht eingehalten werden könnten. Die derzeitige Sanierung lasse darauf schließen, dass ein Abriss nicht zu erwarten sei. Im Rahmen der Stellungnahme wird auch auf die Feuerwehruzufahrtsmöglichkeit aufmerksam gemacht. Es wäre zur Wahrung der Feuerwehruzufahrt für das benachbarte Hochhaus nur eine teilweise Bebauung des Flurstücks 1124 möglich.

Im Übrigen weist Frau Dr. Seemann daraufhin, dass durch eine Bebauung der Fläche der denkmalgeschützte Obelisk versetzt werden müsste.

Frau Walter bestätigt, dass sie im Januar eine Erweiterung des Naturkundemuseums auf der besagten Fläche befürwortete. Allerdings habe sie sich die Fläche vom Hochhaus an der Ecke der Breiten Straße angeschaut und musste feststellen, dass diese Fläche aus ihrer Sicht nicht geeignet sei. Zur besseren Veranschaulichung hat sie ein Foto gemacht, welches sie in vergrößerter Form den Kulturausschussmitgliedern zeigt.

Herr Dr. Knuth erwidert, dass es wohl besser wäre nicht nur diese Fläche für einen Erweiterungsbau zu prüfen, sondern generell Flächen, im Umfeld des Naturkundemuseums.

Die Kulturausschussmitglieder stimmen dem zu und befürworten generell die Sicherung eines Grundstücks für das Naturkundemuseum. Diese Maßnahme sei mit keinen Kosten verbunden.

Herr Dr. Scharfenberg stellt den Antrag die Vorlage wie folgt zu formulieren:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine städtische Fläche im engeren Umfeld des Naturkundemuseums für einen perspektivischen Erweiterungsbau freizuhalten.

Frau Dr. Schröter stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine städtische Fläche **im engeren Umfeld des Naturkundemuseums** für einen perspektivischen Erweiterungsneubau ~~des Naturkundemuseums in der Breiten Straße~~ freizuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	1

Dem Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 4.6 Errichtung einer Stele auf dem Alten Markt

Vorlage: 14/SVV/0124

Fraktionen Potsdamer Demokraten, CDU/ANW und BürgerBündnis

Herr Schultheiß bringt die Vorlage ein. Bezüglich des Antrags hätte er auf mehr Beteiligung anderer Fraktionen gehofft. Mit Hilfe des Antrags soll eine Multifunktionsstele in der Nähe des Fortunaportals errichtet werden, die auch mit QR-Codes ausgestattet sein sollte.

Herr Dr. Scharfenberg weist darauf hin, dass bereits vor einiger Zeit eine Gedenktafel zu Ehren von Herrn Jauch erstellt wurde. Diese wurde auch im Fortunaportal angebracht. Das Finanzministerium hat sich um die Instandsetzung der Tafel bemüht. Man könne auch diese Tafel wieder aufstellen lassen und eine Multifunktionsstele wäre somit nicht mehr erforderlich.

Zum besseren Verständnis, was eine Multifunktionsstele überhaupt sei, bittet Frau Dr. Magdowski Herrn Wittenberg dies kurz zu erläutern.

Herr Wittenberg erklärt, dass es sich dabei mehr oder weniger um eine elektronische Mini-infobox handelt, die nicht autark funktioniert, sondern nur mit Strom. Die Gedenktafelkommission sei für solche Informationseinrichtungen nicht zuständig. Dennoch kann sich die Gedenktafelkommission in der morgigen Sitzung dazu verständigen.

Herr Schultheiß betont, dass die Tafel nicht nur zu Ehren von Herrn Jauch, sondern auch zu Ehren aller Bürger und Initiativen, die sich für den Wiederaufbau des Stadtschlusses eingesetzt haben aufgestellt werden soll.

Die Kulturausschussmitglieder äußern, dass eine Multifunktionsstele für sie nicht in Betracht gezogen wird, insbesondere auch deswegen, weil nicht deutlich wird,

welche Auswirkungen eine Multifunktionsstele mit sich bringt. Eine Tafel würde genügen.

Frau Morgenroth bringt den Vorschlag ein, sich diesbezüglich an das Land zu wenden, da es auch eher Aufgabe des Landes wäre sich darum zu kümmern.

Herr Schultheiß beantragt die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen. Gegebenenfalls bringt er eine neue Formulierung des Antrags ein.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Auf dem Alten Markt in der Nähe des Fortunaportals wird eine Stele aufgestellt, mit der darauf hingewiesen wird, dass die Errichtung des Fortunaportals dem Wirken und erheblichem Engagement unseres Potsdamer Mitbürgers Günther Jauch, die Wiedererrichtung des Stadtschlusses als Ganzes aber auch den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern, vor allem jenen im Stadtschlussesverein sowie in Mitteschön engagierten, zu verdanken ist.

Der Text ist von der Gedenktafelkommission detailliert zu entwerfen. Dabei ist anzustreben, die Stele in Form einer Multifunktions-Steles, gegebenenfalls mit QR-Codes, zu errichten.

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Sachstandbericht Kino Charlott

Frau Dr. Schröter begrüßt Herrn Kalesse (Bereichsleiter untere Denkmalschutzbehörde) und übergibt ihm das Wort.

Herr Kalesse informiert darüber, dass der Verwaltung per Schreiben mitgeteilt wurde, dass mit ersten Sicherungsmaßnahmen begonnen wurde. Es wurden Teile der Türen und der Fenster in Erdgeschoss gesichert. Auch wurde die Entwässerung der Regenrinnen repariert bzw. durch temporäre Ableitungen ersetzt. Weitere Sicherungsmaßnahmen seien geplant. In Bezug auf die Villa wurde vom Eigentümer im Februar 2014 mitgeteilt, dass Instandsetzungsmaßnahmen geplant sind. Ein Antrag auf denkmalrechtliche Genehmigung zur Durchführung von Dachdeckungs-, Zimmermanns-, Maurer- und Tischlerarbeiten liege vor. Eine Entscheidung wird in Kürze getroffen. In diesem Zusammenhang wird auch die Bauantragspflicht für dieses Vorhaben geplant.

In Bezug auf die denkmalrechtliche Sicherungsverfügung zum Kino Charlott hat der Eigentümer Widerspruch eingelegt. Dazu findet in naher Zukunft ein Ortstermin zur Besichtigung statt. Über das weitere Vorgehen wird danach entschieden.

Frau Dr. Schröter bedankt sich bei Herrn Kalesse für die aktuelle Darstellung des

Sachstands.

zu 5.2 Bericht Gedenktafelkommission

Herr Wittenberg (stellv. Direktor des Potsdam Museums; Vorsitzender der Gedenktafelkommission) berichtet den Kulturausschussmitgliedern über erfolgte und noch bevorstehende Aktivitäten der Gedenktafelkommission. Die Gedenktafelkommission tagt viermal im Jahr. Die Termine für das Jahr 2014 sind der 21.03.2014, der 20.06.2014, der 19.09.2014 und der 21.11.2014. Auch zu der Stele am Alten Markt wird sich die Gedenktafelkommission verständigen. Des Weiteren wird über eine Gedenktafel zu Ehren von Annemarie und Helmut Sell, denen der Titel „Gerechte unter den Völkern“ verliehen wurde, gesprochen. Für den Aufbau der Mauerstele an der Glienicker Brücke wurde in Bezug auf die Umsetzung Angebote eingeholt. Auch liegt der Gedenktafelkommission ein Antrag für eine Stele an Mauersegmenten in Groß Glienicke vor, der in der morgigen Sitzung thematisiert werden soll.

Auf Nachfrage informiert Herr Wittenberg darüber, dass die Gedenktafelkommission gestellte Anträge behandelt und eine Mitteilung an den Antragsteller erteilt. Prinzipiell kann jeder Eigentümer auf seinem Grundstück eine Gedenktafel zu Ehren einer Person anbringen/ errichten, solange die Inhalte nicht rassistischer oder anderweitig menschenverachtender und diskriminierender Natur sind. Die Gedenktafelkommission kann lediglich beratend und informativ auf den vorgeschlagenen Text und der Gestaltung einwirken.

Frau Dr. Schöter bedankt sich für die Ausführungen zur Tätigkeit der Gedenktafelkommission.

zu 5.3 Gedenkkonzept der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Jetschmanegg legt den Kulturausschussmitgliedern einen Entwurf des Konzepts zur Erinnerungskultur der LHP vor. Das Konzept präsentiert die Diskussionen und das Verfahren zur Erarbeitung. Darüber hinaus werden Grundsätze und Handlungsvorschläge zur städtischen Erinnerungskultur formuliert. Im Ergebnis des Prozesses kann gesagt werden, dass es einen zentralen Gedenkort nicht geben wird. In Bezug auf die Lindenstraße sind noch einige Aufarbeitungen zu Tätern und Opfern vorzunehmen. Es sei auch noch unklar, wie viele Gedenkunterorte es in der Lindenstraße geben sollte. Dies wird zukünftig Aufgabe der Stiftung sein. Im Jahr 2015 wird die Zuständigkeit der Stiftung wieder an den Geschäftsbereich 2 übergehen.

Die Kulturausschussmitglieder bedanken sich für das vorgelegte Konzept. Zur nächsten Kulturausschusssitzung, nachdem sich jeder das Konzept durchlesen konnte, wird die Thematik erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

zu 6 Sonstiges

Frau Dr. Seemann informiert die Kulturausschussmitglieder auf Wunsch von Frau Dr. Schröter über die Stadtwanderung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten. Die Stadtwanderung fand am 07.03.2014 statt. Besichtigt wurden

Kunst- und Kultureinrichtungen mit dem Schwerpunkt Bildende Kunst. Stationen waren das Depot des Potsdam Museum in Groß Glienicke, das Künstlerkollektiv Laboratorium und das Museumshaus Im Gùldenem Arm.

Auf Bitten von Herrn SchultheiÙ informiert Frau Dr. Seemann die Kulturausschussmitglieder über die derzeitige Situation der Kunstschulen im Land Brandenburg. Das Land Brandenburg hat ein neues Gesetz zur Förderung der Musik- und Kunstschulen erlassen, welches eine Verfahrensänderung zur Folge hat. Derzeit müsse noch geprüft werden, wie es sich mit der städtischen Förderung in Bezug auf die gesetzliche Änderung des Landes verhält. Die Förderung der Stadt ist prinzipiell an die Förderung des Landes gebunden. Durch die neue Gesetzesänderung wird ein Zertifizierungsverfahren der Kunstschulen angestrebt. Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung sind im Gesetz aufgeführte Kriterien. Dieses Verfahren ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Ein vorläufiger Bescheid für das erste Quartal 2014 konnte für die Kunstschule in Babelsberg ausgestellt werden. Das weitere Vorgehen wird in der kommenden Woche besprochen.

Herr Dr. Bauer merkt an dieser Stelle noch an, dass in der Niederschrift der Sitzung vom 20.02.2014 nicht vermerkt wurde, dass er anwesend war. Er bittet dies noch zu ändern.

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Kulturausschusses

Bettina Schmidt
Protokollführerin